

Enzkreis (PK). Der Regionalverband Nordschwarzwald soll angesichts des Verbleibs einer steigenden Zahl von anerkannten Flüchtlingen die Folgen für den Wohnungsmarkt im Enzkreis, den Kreisen Calw und Freudenstadt sowie in der Stadt Pforzheim untersuchen, insbesondere die Auswirkungen auf den Bedarf an Wohnbauflächen und somit auf die Regionalplanung. Das fordert die CDU-Regionalverbandsfraktion. Sie kündigte in einer Pressemitteilung an, einen entsprechenden Vorstoß zu unternehmen.

Da die Dynamik der Flüchtlingswanderung seit Anfang 2015 deutlich zugenommen habe, könne angenommen werden, dass in den Kreisen über

Günstige Wohnungen?

CDU-Fraktion erarbeitet Handlungskatalog

das Jahr 2015 jeweils zwischen 3 000 und 3 600 Personen in die Anschlussunterbringung durch die Städte und Gemeinden kommen, die Kommunen deshalb mit den Folgen nicht ausreichend vorhandenen günstigen Wohnraums zu kämpfen haben. In der Region Nordschwarzwald werden nach Schätzung der CDU-Regionalräte im Laufe des Jahres 2015 mindestens 12 000 Personen übergangsweise in Anschlusseinrichtungen verbleiben

und von dort aus für zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum sorgen.

So dringend und schwierig es sei, aktuell Quartiere durch die drei Landkreise und den Stadtkreis zu finden und zur Verfügung zu stellen, so klar zeichne sich das Folgeproblem für die Städte und Gemeinden ab. „Es ist in den vergangenen Wochen kritisiert worden, staatlicherseits sei versäumt worden, rechtzeitig die steigende Zahl von Flüchtlingen zu erkennen und da-

rauf zu reagieren. Ob dies möglich gewesen wäre, sei dahingestellt. Aber schon jetzt ist klar, dass es auf dem Wohnungsmarkt noch enger wird“, so die Christdemokraten. Bund und Land reagieren nun mit einer deutlichen Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Die CDU-Fraktion, so ihr Vorsitzender Günter Bächle in der Mitteilung, erarbeitete einen Handlungskatalog: Um über die mit großen Herausforderungen verbundene Anschlussunterbringung durch die Kommunen hinaus handlungsfähig zu sein, sollte im Schulterschluss zwischen Kommunen, Kreisen und Region Lösungen angestrebt werden.